

Lüneburg, 03.06.2026

BAföG-Erhöhung - Resolution für die Kreismitgliederversammlung der SPD Lüneburg am 4. Juni 2026

Beschlussvorschlag:

Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Gerechtigkeit und gleiche Chancen in der Bildung. 1971 von der damaligen SPD-geführten Regierungskoalition eingeführt, ermöglichte es vielen Arbeiterkindern zum ersten Mal den Zugang zu einem Studium. Auch 45 Jahre später stehen wir als SPD für eine Politik, die sowohl Meister als auch Master ermöglichen möchte. Egal, ob jemand aus einer Akademikerfamilie oder einer Handwerksfamilie kommt.

Dazu braucht es ein BAföG, dass für viele Menschen zugänglich ist und nicht in die Armut führt. In den letzten Jahrzehnten hat sich leider in eine andere Richtung entwickelt. Nur noch 11 % aller Studierenden bekommen BAföG und ein Drittel aller Studierenden lebt in Armut. Bei denen, die nicht mehr zu Hause wohnen, ist fast die Hälfte von Armut betroffen. Armut bei Studierenden heißt oft schlechterer Fokus auf die Ausbildung, schlechtere Leistung, Unsicherheit und zum Teil Obdachlosigkeit.

Gleichzeitig arbeiten so viele Studierende wie nie zuvor neben ihrem Studium. Trotzdem reicht es am Ende des Monats oft nicht. Steigende Lebensmittelpreise, hohe Semestergebühren und horrenden Mieten setzen gerade nicht-privilegierte Studierende unter Druck. Auch im Landkreis Lüneburg.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass im Koalitionsvertrag eine Erhöhung der Wohnkostenpauschale auf 440 Euro pro Monat, eine Anpassung des Grundbedarfs für Studierende sowie eine Reform des BAföG vereinbart wurde.

Von besser ausgebildeten Fachkräften profitieren schließlich alle Generationen und unsere ganze Gesellschaft. Durch die BAföG-Erhöhung würden zudem auch Schüler*innen entlastet. Wir stärken der SPD-Bundestagsfraktion den Rücken, die weiterhin hinter der vereinbarten BAföG-Reform steht.

Als Sozialdemokrat*innen halten wir zudem nichts davon Leistungen des

Sozialstaats gegeneinander auszuspielen. Stattdessen sollte nicht nur die Ausgabe-, sondern auch die Einnahmeseite in Debatten betrachtet werden. Überreiche sollten beispielsweise mit einer fairen Erbschaftssteuer sowie einer Vermögenssteuer an der Finanzierung unseres Gemeinwohls beteiligt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Gez. Lukas Harder
Co-Kreisvorsitzender Jusos

Gez. Mika Bättjer
Co-Sprecher Juso HSG